

# M i l l a b a d e r Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,50 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inland monatlich 1,65 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 50 bei der Oberpostdirektion Baden-Baden. — Druckerei: Enzthalbahn-Druckerei & Co., Wildbad; Hochheimer Buchverlag Filiale Wildbad. — Postfachkonto 201 1/2 Stuttgart. — Anzeigenpreise: Im Einzelheft die einseitige 45 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 3 Pf.; im Regeltell die 50 mm breite Millimeterzeile 15 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontostellen oder wenn gerichtlich befreit notwendig wird, fällt jede Nachlieferung weg. — Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 66, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 7

Februar 479

Mittwoch den 10. Januar 1934.

Februar 479

69. Jahrgang.

## Wirtschaftspolitik die sich selbst schlägt

Die einzig mögliche Antwort auf den amerikanischen Transferprotest

Bekanntlich hat sowohl die englische Regierung wie die der Vereinigten Staaten gegen die Transferregelung, zu der die deutsche Reichsbank sich durch die Entwertung der deutschen Devisenbilanz gezwungen sah, auf diplomatischem Wege Protest erhoben. Keine dieser beiden Protestnoten verurteilt allerdings die tatsächlichen Nachweisungen der Reichsbank über die deutsche Devisenlage zu entkräften. Keine äußert sich auch nur mit einem Wort darüber, wie praktisch eine volle Transferierung der Zinsfälligkeiten oder auch nur eine Transferierung in größerem Umfang, als das Moratorium ihn vorsieht, ermöglicht werden könnte. Der Nachweis Dr. Schachts, daß schon bei Durchführung eines 30prozentigen Transfers — unter gleichzeitiger voller Transferierung der Verbindlichkeiten aus Dawes- und Younganleihen — monatlich ein Devisenminus von 11 Millionen RM. verbleibt, sofern die derzeitigen Außenhandelsverhältnisse keine durchgreifende Veränderung erfahren, bleibt schließlich das durchschlagende Argument.

Die beiden protestierenden Staaten hätten aber vielleicht gut daran getan, einmal nachzuprüfen, welche Wirkungen ihre eigene Handels- und Wirtschaftspolitik auf die Gestaltung des Außenhandels und des internationalen Zahlungsverkehrs ausgeübt hat. England hat sich nicht nur, entgegen seiner Tradition, gegen die Einfuhr auf vielen Warengebieten durch zum Teil recht hohe Schutzzölle verschlossen, es hat durch seine Währungsabwertung um den Binnenmarkt eine weitere Absatzschloßbasis errichtet und gleichzeitig auf den Weltmärkten den eigenen Export zum Nachteil der Ausfuhr anderer Staaten gedöst.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind von jeher ein Land des Hochschutzes gewesen, haben sich immer zwar entrüstet, wenn man in Europa Schutzmaßnahmen gegen eine amerikanische Industrieinvasion ergreift — man denke z. B. an die Aufregung, die vor einigen Jahren entstand, als zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien der Gedanke gemeinsamer handelspolitischer Abwehr der Ueberschwemmung mit amerikanischen Automobilen erörtert wurde — aber die Währungspolitik Roosevelts hat nun, genau wie die englische, noch einen zusätzlichen Protektionismus geschaffen.

Mit England ist unser Handel im Augenblick noch aktiv, d. h. wir haben einen wenn auch nicht allzu großen Ausfuhrüberschuß. Mit den Vereinigten Staaten von Amerika haben wir seit jeher eine passive Handelsbilanz, und der Passivsaldo ist unter der Auswirkung der letzten wirtschaftspolitischen Vorgänge noch gewachsen. Deutschland als Industrieland ist einer der besten Rohstoffländer der Vereinigten Staaten. Es findet drüben gar nicht entfernt im gleichen Maße Abnehmer für seine Industrieerzeugnisse, weil die hohen amerikanischen Zölle verteuern wirken. So kommt es, daß für das Jahr 1933 Deutschland für rund 55 Millionen Dollar mehr von den Vereinigten Staaten gekauft als dorthin verkauft hat. Dieser deutsche Einfuhrüberschuß belastet die deutsche Zahlungsbilanz mit Amerika.

Dazu kommen die Zahlungen aus dem Schuldendienst für deutsche, in Amerika untergebrachte Anleihen. Ende Februar 1933 hat das Statistische Reichsamt den für den Zins- und Tilgungsdienst an USA. aufzubringenden Betrag auf 605 Millionen RM. geschätzt. Durch die Dollarentwertung sind inzwischen vielleicht 211 Millionen RM. davon erspart worden, jedoch die Gesamtbelastung durch den Schuldendienst 394 Millionen RM. oder etwa 140 Millionen Dollar jährlich betragen mag. Der durch Warenlieferungen nicht getilgte Saldo im gegenseitigen Zahlungsverkehr beträgt also 55 Millionen Dollar Einfuhrüberschuß plus 140 Millionen Dollar Zinsen- und Tilgungsdienst, zusammen 195 Millionen Dollar.

Die wirtschaftlich so erfahrenen Amerikaner sollten eigentlich nicht erst darüber belehrt werden müssen, daß diese 195 Millionen Dollar ja schließlich nicht aus den beschränkten Gold- und Devisenbeständen der Reichsbank bezahlt werden können, sondern daß es nur eine einzige Möglichkeit gäbe, sie wirklich zu transferieren; nämlich in Gestalt von Warenlieferungen. Das und nichts anderes wird auch die Antwort auf die Protestnote der amerikanischen Regierung sein müssen.

Wie wir hören, sind inzwischen übrigens die Vorbereitungen im Gange, um auch die amerikanischen Gläubiger der Vorteile des Scrip-Verfahrens teilhaftig werden zu lassen. Im Wege zusätzlicher Exporte könnte es dann wohl gelingen, gewisse höhere Beträge der Zinsfälligkeiten zu transferieren, als es jetzt möglich ist.

## Neue bedeutende Arbeitsbeschaffung

Radsfahrwege zur Entlastung der Landstraßen

Berlin, 9. Jan. Wie das VdZ-Büro meldet, hat der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen den Ländern Mitteilung von seinen Verhandlungen mit der Zentralstelle für Radsfahr-

## Tagespiegel.

Die Umbildung des französischen Kabinetts hat am Dienstag stattgefunden, Kolonialminister Dalimier ist zurückgetreten.

Neuerungen der deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz über die französische Denkschrift finden in der Pariser Presse ein geteiltes Echo.

Der Selbstmord des Millionenbetrügers Stawiski in Chamonix wird von einzelnen Pariser Zeitungen zu einem Polizeiskandal umgestaltet, als ob Stawiski durch Polizeibeamte erschossen worden wäre.

Im Matkowsky-Prozess in Berlin wurden gegen die 53 Kommunisten die Strafanträge gestellt, die auf hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen lauten.

Am 22. Januar findet eine neue Transfer-Konferenz zwischen den Vertretern der Auslandsgläubiger und der Reichsbank statt.

wege und verschiedenen Vereinen für Radsfahrwege gemacht. Die Zentralstelle und die Vereine waren mit der Bitte um Einbeziehung des Baues von Radsfahrwegen in die Arbeitsbeschaffung vorstellig geworden. Der Generalinspektor teilt mit, daß nach seiner Ansicht die Finanzierung von solchen Radsfahrwegen in Frage kommt, die der Entlastung von Landstraßen dienen. Für die Finanzierung kämen die Wegeunterhaltspflichtigen für die zu entlastenden Landstraßen in Betracht, zumal für den Bau besonderer Radsfahrwege eine Verbreiterung der Landstraßen erspart werden könne. Es werde inselgedessen bei den in den nächsten Jahren auszuführenden Arbeiten angestrebt werden, einen besonderen Beitrag für den Bau solcher Radsfahrwege auszuwerfen, die Entlastungswegen für vorhandene Straßen darstellen. Die Planung der Radsfahrwege sei Sache der Vereine, die ihre Projekte an die Zentralstelle einreichen sollten. Die Zentralstelle lege sich dann mit der zuständigen Behörde in Verbindung, die ihrerseits dem Generalinspektor Gutachten erstatte. Zuschußgewährung für Radsfahrwege, die lediglich dem Ausflugsverkehr dienen und keine Entlastung einer öffentlichen Straße sei grundsätzlich ausgeschlossen. Der Bau dieser Wege müsse der Selbsthilfe der Vereine überlassen bleiben. Im übrigen sei in Aussicht genommen, im Rahmen des Winterprogramms aus Mitteln des Teiles 2 des Straßenbauprogramms Beträge auch für Radsfahrwege bereitzustellen.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Stellungnahme des Generalinspektors noch dadurch unterstützt, daß er die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter ermächtigt hat, für den Bau von Radsfahrwegen, die Zuschüsse aus dem Straßenbauprogramm erhalten, auch die Grundförderung nach Lagewerten zu bewilligen. Gegebenenfalls soll die Grundförderung auch für die Radsfahrwege bewilligt werden, die mit Mitteln der Interessenten oder eigenen Mitteln der Gebietstörperschaften hergestell werden müssen.

## Zur französischen Denkschrift

Neuerungen der diplomatisch-politischen Korrespondenz

Berlin, 9. Jan. Zur Uebersetzung der französischen Denkschrift über die Abrüstungsfrage schreibt die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ u. a.: Die politische und technische Bedeutung der französischen Denkschrift zur Abrüstungsfrage macht es erklärlich, daß vermutlich noch eine ganze Anzahl von Tagen über der zur Beantwortung notwendigen Prüfung vergehen wird. Deutschland ist nach wie vor überzeugt, daß allein der Weg des diplomatischen Gedankenaustausches mit den maßgebenden Ländern die Erfolgsaussichten bietet, die von der Genfer Methode jahrelang vergeblich erwartet worden sind. Neuerungen der ausländischen Presse, wonach Frankreich sich zu Zugeständnissen, ja zu Opfern entschlossen habe, sind von großem Interesse für die deutsche Regierung, die stets für die allgemeine Abrüstung eingetreten ist und die deutsche Gleichberechtigung durch Abrüstung herbeiführen will. Sie prüft die französische Denkschrift im Geiste aufrichtigen Verständigungswillens unter dem Gesichtspunkt, welche neuen oder vielleicht auch alten Abrüstungsvorschläge darin enthalten sind. Bei der zum mindesten zögernden Haltung, die Frankreich in diesem entscheidenden Punkte stets eingenommen hat, ist anzunehmen, daß die so stark hervorgehobene Bereitschaft zu praktischen Abrüstungsmahnahmen in dem Dokument noch nicht so konkret und so klar umschrieben ist, daß man darin einen möglichen Fortschritt er-

blicken könnte, so daß also Rückfragen in Paris notwendig sein werden. Die Korrespondenz bemerkt weiter, daß in der anscheinend vorgeschlagenen Herabsetzung der Luftkräften kein positives Element zu erblicken sei. Ob Frankreich und andere Grenzländer zusammen 6000 oder 3000 Kriegsflugzeuge besitzen, während Deutschland überhaupt keine habe und nicht einmal über eine Flugabwehr verfüge, sei gleichgültig. Wenn allerdings zugefagt würde, daß die Vernichtung binnen weniger Jahre durchgeführt werde, dann könnte Deutschland das Ende dieser Frist abwarten und auf eine eigene Luftwaffe verzichten. Pressmeldungen besagten, daß Frankreich auf die „Bewährungsfritz“, diesen greifbarsten Ausdruck der Diskriminierung Deutschlands, verzichtet habe, jedoch an einer zeitlichen Zweitteilung der Konvention entsprechend der Simon-Erklärung vom Oktober festhalte. Wenn Deutschland im ersten Zeitabschnitt die allgemein erlaubten defensiven Waffen nicht bekomme, aber kontrolliert werden solle, während die anderen Länder hinsichtlich des Kriegsmaterials nicht abrüsten, so sei damit tatsächlich der Begriff der Probezeit wieder verwirklicht. Was Deutschland nach wie vor verlangen muß, ist wirkliche Gleichheit der Bedingungen und der tatsächlichen Lage im Rahmen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens.

## Die deutsch-französische Aussprache Pariser Blätterstimmen

Paris, 9. Jan. Die Ausführungen der deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz zur französischen Denkschrift werden von der gesamten französischen Presse als richtunggebend für die deutsche Antwort bewertet und demgemäß stark beachtet. Man folgert daraus, daß Deutschland das Angebot Frankreichs für unzulänglich hält, aber vor einer endgültigen Stellungnahme um weiteren Aufschluß über diese und jene Frage ersuchen wird. — „Journal“ sagt, man sehe, wohin die deutschen Gedankengänge führten und knüpft daran die geradezu phantastische Entstellung, Deutschland erstrebe eine Luftflotte, die eben so stark sei, wie die aller seiner Nachbarstaaten zusammen. Trotz der höflichen Formeln und tröstlichen Versicherungen der offiziellen Auslassungen in der deutschen Korrespondenz, fährt das Blatt dann fort, trete deutlich zutage, daß Deutschland sich nicht den Anregungen der französischen Denkschrift anschließen werde.

„Figaro“, der sich wie immer wild gebärdet, fordert den Abschluß der diplomatischen Verhandlungen. Man mühte darauf gefaßt sein, erklärt das Blatt, daß Deutschland neue Zugeständnisse fordere. Die von der französischen Regierung gemachten Zugeständnisse gingen bereits über den Rahmen des Zulässigen hinaus.

## Sonderbefehle der Dollfuß-Regierung

gegen die anwachsende nationalsozialistische Bewegung

Wien, 9. Jan. Das Kabinett trat am Montag unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dollfuß zu einem außerordentlichen Kabinettsrat zusammen, in dem ausschließlich Maßnahmen gegen die anwachsende nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich erörtert wurden. Es wurde der Erlass eines Aufrufes der Bundesregierung an das Oesterreichische Volk beschlossen, der der Presse als „Pflichtnachricht“ zum Abdruck übermittle wird. Das Kabinett hat in der Sitzung, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, „einen Bericht über die in den letzten Tagen besonders heftigste und offensichtlich organisierte nationalsozialistische Agitationstätigkeit entgegengenommen, die mit zahlreichen Terrorakten verbunden war“. Die hierdurch notwendig gewordenen Maßnahmen hätten die einhellige Billigung des Ministerrats gefunden.

Der Aufruf „An Oesterreichs Volk“ spricht davon, daß sich die Bundesregierung bisher auf eine maßvolle Abwehr beschränkt habe in der Hoffnung, es werde endlich „Gerechtigkeit über Wahnsinn den Sieg davontragen“. Aus dieser Erwägung sei in den Weihnachts- und Neujahrstagen auch eine Reihe von Gnadenakten vorgenommen worden. Die daran geknüpften Hoffnungen seien vergeblich gewesen. In den letzten Tagen seien nicht weniger als 140 „Sprengstoffanschläge“ in allen Teilen des Bundesgebietes verübt worden. Die Bundesregierung sei entschlossen, nunmehr mit allen auch den stärksten Mitteln diesen Akten des Terrors und der Demonstration ein für allemal ein Ende zu setzen. Mit dem heutigen Tage seien daher starke Abteilungen des freiwilligen Schutzkorps aufgestellt worden, die gemeinsam mit der Polizei und Gendarmarie alle Versuche, dieses „verbrecherische Treiben“ fortzusetzen, zunichte machen würden.

## Dollfuß' Klage

Wien, 9. Jan. In der Pflichtnachricht der „Politischen Korrespondenz“ zu dem Aufruf der Bundesregierung wird, ebenso wie in dem Aufruf der Regierung Dollfuß selbst, das „Entgegenkommen“, das der Oesterreichische Bundespräsident durch verschiedene Generalakte bewiesen habe, besonders hervorgehoben. Diese seien von den „Nationalfeindlichen Elementen“ schlecht gelohnt worden. Mit Beginn des neuen Jahres habe eine verstärkte Terroraktion eingesetzt, die bis heute unermindert anhalte. Wieder-

um wird von nicht weniger als über 140 Sprengstoffanschlägen in allen Bundesländern gesprochen, in die offenbar auch alle Knallfrösche und Papierböller eingerechnet worden sind. Dazu kämen eine große Zahl von Aktionen gegen Geschäftsolale, Vergnügungsolale und Gaststätten, wo Tränengasbomben geworfen worden seien und mehr als 100 größere Einzelfälle „böbischer Ueberschreitungen“ durch Beschmieren von Gebäuden, Hissen von Hakenkreuzfahnen, Ausstreuen von Hakenkreuzen, Propagandaschriften usw. Alles in allem eine Auslese, die das Verhältnis zwischen der Regierung Dollfuß und der österreichischen Bevölkerung nur zu klar beleuchtet.

## Dalimier zurückgetreten

Paris, 9. Jan. Kolonialminister Dalimier hat dem Ministerpräsidenten Chaumemps sein Rücktrittschreiben überreichen lassen. Ministerpräsident Chaumemps hat den Rücktritt angenommen.

In dem Rücktrittschreiben, das Kolonialminister Dalimier an den Ministerpräsidenten Chaumemps gerichtet hat, nimmt Dalimier auf die einmütige Bestätigung Besue, die der Kabinettsrat der völligen Korrektheit seiner Haltung gesollt habe, und hebt hervor, daß ihm in der ganzen Angelegenheit kein Vorwurf gemacht werden könne. „Ich bitte Ihnen, Herr Ministerpräsident“, so heißt es dann weiter, „meinen Rücktritt an. Ich will nicht das Risiko übernehmen, daß meine Handlung als Arbeitsminister 1932 selbst ungeschickter Weise Ihrer jetzigen Regierung zum Vorwurf gemacht werde. Ich lese Wert auf die erneute Bestätigung, daß Sie zu keinem Zeitpunkt meinen Rücktritt gefordert haben“.

In dem Antwortschreiben des Ministerpräsidenten Chaumemps heißt es nach einem Hinweis auf die Tatsache, daß der Kabinettsrat einmütig die Gutgläubigkeit Dalimiers anerkannt hat. „Sie sind der Ansicht, daß Sie nach völliger Entlastung zu Ihrer etwaigen moralischen Verantwortung sich Ihre politische Freiheit wieder nehmen müssen, um sich gegen ungerechte Anklagen zu verteidigen. Ich kann mich mit dem Ausdruck des Bedauerns Ihrem Entschluß nur beugen, und ich versichere Sie nochmals meiner freundlichen Achtung.“

### Kabinettsrat zum Skandal

Paris, 9. Jan. Ministerpräsident Chaumemps gab im Kabinettsrat eine Uebersicht über den Krach von Bayonne und die bisher ergriffenen Maßnahmen. Er wiederholte, daß er volle Klarheit über diesen Fall schaffen und darüber wachen werde, daß die Untersuchung mit ungemindertem Eifer fortgesetzt und durch nichts behindert werde.

Kolonialminister Dalimier erläuterte darauf seine Rolle in der Angelegenheit und verwies auf die von ihm der Presse übergebenen Erklärungen. Er habe an Hand von Urkunden des Arbeitsministeriums (das er früher leitete) den Beweis für die Gutgläubigkeit seiner Haltung erbracht. Der jetzige Arbeitsminister Lamoureux, der innerhalb seines Ministeriums Untersuchungen angestellt hat, bestätigte die Erklärungen Dalimiers. Ministerpräsident Chaumemps erinnerte daran, er habe selbst nach Prüfung der Akten öffentlich erklärt, daß Minister Dalimier in gutem Glauben gehandelt habe. Der Kabinettsrat schloß sich dieser Erklärung einmütig an.

### Staviski gestorben

Paris, 9. Jan. Staviski ist in der Nacht zum Dienstag der schweren Schußverletzung, die er sich beigebracht hat, erlegen.

### Zweifel am Selbstmord Staviskis

Paris, 9. Jan. Als Lissier, der verhaftete Direktor des Credit Municipal von Bayonne, im Gefängnis von dem Selbstmordversuch Staviskis erfuhr, soll er gerufen haben: „Das ist unmöglich. Ein Mann wie Staviski bringt sich nicht um.“ Auch der Rechtsbeistand Lissiers teilte diese Auffassung und erwartete eine gerichtliche Untersuchung. Die Nachricht von dem Selbstmordversuch findet nicht überall Glauben. In vielen Kreisen wird offen oder versteckt von einem Vertuschungsmandat der Polizei gesprochen, die, wie man behauptet, einen für viele Persönlichkeiten stark belastenden Mann habe verschwinden lassen wollen.

Der „Populaire“ und die „Humanité“ sind natürlich lebhaft bemüht, den Fall Staviski in ihrem Sinne auszuwerten. Dazu gehört es wohl auch, wenn von ihnen behauptet wird, Staviski habe auch als Polizeispiegel gearbeitet. Dabei habe er in vieles

Einblick gewinnen können. Jetzt, wo er un bequem würde, habe man ihn beiseite zu werfen. Zu die Blätter verteilten sich sogar zu der Behauptung, daß zwei Polizeibeamte in aller Stille mit der Aufgabe betraut worden seien, Staviski ins Jenenseits zu befördern. Man habe einen Selbstmordversuch nur vorgetäuscht. „Aber“, so fährt das Blatt fort, „wie der Selbstmord des Barons Reinach nicht den Panama-Skandal verhindert hat, und ebenso wie der Selbstmord des Obersten Henry die Dreyfuß-Affäre nicht zu vertuschen vermochte, dürfte auch der sogenannte Selbstmord Staviskis nicht den Bayonner Skandal vertuschen.“

## Der Hauptbelastungszeuge verschwunden

München, 9. Jan. Die bayerische politische Polizei teilt mit: Die Kreisleitung der NSDAP, Freising erstattete vor einigen Wochen Anzeige gegen den Seminarleiter des bishöflichen Ordinariats Freising, Dr. Köhberger, wegen Grenzpropaganda. Vor einigen Tagen fand in München die Verhandlung vor dem Sondergericht statt, die eine Verurteilung des Dr. Köhberger zu acht Monaten Gefängnis zur Folge hatte. Der Seminarpräsident Hartl, als Zeuge geladen, sagte in diesem Prozeß unter Eid aus und wurde Hauptbelastungszeuge gegen Köhberger.

Am Freitag, den 5. Januar 1934, lief bei der politischen Polizei die Nachricht ein, daß in extrem-katholischen Kreisen diese Zeugenaussage des Präfeldten Hartl als Verrat an der katholischen Kirche angesehen würde, ferner die — unwahrscheinlich klingende — Meldung, daß man in diesen Kreisen der Ansicht sei, Hartl müsse wie ein Judas aus dem Leben scheiden.

Die am 8. Januar 1934 pflichtgemäß angeordnete Postüberwachung ergab eine Anzahl anonymer Karten und Schmähbriefe, die alle dieselbe Tendenz zeigten, entweder Hartl zum Selbstmord zu treiben oder ihm den gewaltsamen Tod anzudrohen. Der mit der Behandlung dieses Falles beauftragte Beamte verfuhr nunmehr, mit dem bedrohten Hartl Fühlung zu bekommen. Hierbei stellte er im Seminar in Freising fest, daß Hartl nach Angabe des befragten stellvertretenden Direktors nicht mehr anwesend wäre und sein Aufenthalt nicht bekannt sei.

### Präsident Hartl in Schuchhaft

München, 9. Jan. Der Hauptbelastungszeuge im Prozeß gegen den Seminarleiter Köhberger, Präfeldt Hartl, der nach der Verurteilung Köhbergers am 5. Januar wegen Grenzpropaganda verschwunden war, ist am Dienstag früh nach umfangreichen Ermittlungen von der Polizei gefunden worden. Präfeldt Hartl befand sich in derartig zerrüttetem Nervenzustand und Gemütszustand, daß eine Vernehmung noch nicht möglich war. Er wurde zu seiner persönlichen Sicherheit in Schuchhaft genommen, in der er jede Bequemlichkeit genießt und in seiner Bewegungsfreiheit nur soweit eingegrenzt ist, als die Sorge für die Sicherheit seiner Person von Anschlägen auf Leben und Gesundheit erfordert. Der Grund für die Flucht Hartls ist darin zu suchen, daß Hartl nach der Verurteilung Köhbergers eine Flut anonymer Karten und Schmähbriefe erhalten hatte, die ihn zum Selbstmord treiben sollten oder ihm den gewaltsamen Tod androhten.

### Eine Verordnung Dr. Leys

München, 9. Jan. Der Stabsleiter der PD., Dr. Robert Ley, hat folgende Verordnung erlassen:

„Ich mache hiermit entsprechend dem Willen des Führers erneut allen Gauleitern zur Pflicht, die Neubildung von angeblich ständischen Organisationen, sowie Verlautbarungen schriftlicher oder mündlicher Art über ständischen Aufbau zu verhindern.“

Die Vorbereitung des ständischen Aufbaues ist ausschließlich Sache des Amtes für ständischen Aufbau der NSDAP, dessen Verlautbarungen allein von Bedeutung sind.

Gesetlich verankert und parteiamtlich anerkannt sind nur Reichsnährstand und Reichskulturkammer.“

### Die Saarkommission und der ständisch geführte Oberregierungsrat Nizel

Berlin, 9. Jan. Das Deutsche Kriminalpolizeiblatt bringt noch einmal ein Bild des ständisch geführten Oberregierungsrats a. D. Heinrich Nizel, der sofort zu verhaften ist. Nizel ist bekanntlich in diesen Tagen von der Saarkommission in die Kriminalpolizei des Saargebietes eingestellt worden und wird nun auf die deutsche Bevölkerung des Saargebietes losgelassen. Er gehört zu jener lächerlichen Clique von Emigranten, die Deutschland wegen kriminalpolizeilicher Verbrechen verlassen mußten.

Nizel, der wegen eines schweren Vergehens ständisch geführt wird, ist der besondere Vertrauensmann des Franzosen Heimberger in der Regierungskommission des Saargebietes. Er

herzlich wurden sie von allen willkommen geheißen.

Mag Stulprich, der natürlich mit von der Partie war, machte der Förstertochter, einem einfachen, freundlichen Mädchen, gleich verliebte Augen.

Elfe hatte er wehmütig aufgegeben.

Die Soldaten wurden gut untergebracht, sie verstaute ihr Gepäck und dann mußten sie zu Tische.

Frau Förster Bayer und ihre Tochter machten sich eilends daran, für die Einquartierung etwas zu bräuteln.

Als sie gemütlich schmausend zusammensaßen, meinte der Förster: „Na, und morgen zum Erntefest in Rosenburg?“

„Bleiben zwei von uns auf dem Forsthaus! Die anderen vier sind beurlaubt.“

„Recht so! Ich bleibe auch heim! Aber dann bitte ich mir aus, daß die vier von Ihnen meine Tochter mitnehmen und sie fleißig herumschwanken!“

„Aber Vater!“ rief das Mädchen verlegen dazwischen.

„Was hast du denn, Marie! Hier' dich doch nicht so! Bist doch ein junges Blut, das auch mal tanzen möchte und mal was anders sehen will. Na, und unsere Gäste, ich denke, das sind alles hochanständige Leute, da rührt dich keiner an. Da bist du in guter Hut!“

„Bravo!“ rief Kilian. „Bravo, Herr Förster! Na, klar, Ihre Tochter kommt mit, es soll uns ein Vergnügen sein und... na, darüber kein Wort. Ehrenmänner sind wir alle.“

Man sah es der Förstertochter an, wie sie sich freute. Nach und nach ging sie auch etwas aus sich heraus und war lustig mit den Fröhlichen.

Freitag und Sonnabend waren noch anstrengende Arbeitstage.

Aber am Sonntag, da sollte es zum Erntefest gehen und Inspektor Gothe hatte allen im voraus für den anschließenden Montag Absolution erteilt.

Er werde am Montag immer ein Auge zudrücken. Am Sonntag früh, da schliefen alle einmal länger. Bis

hat die Denkschrift der Regierungskommission für den Völkerverbund als Gegenstück gegen die Denkschrift der deutschen Front verfaßt. Allein aus diesen Tatsachen kann man den Wert des Materials und die Art der Verwendung erkennen. Der ganze Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf die Regierungskommission des Saargebietes.

### Starke Zunahme des Schweinebestandes

Berlin, 7. Jan. Die Schweinezählung vom 5. Dezember 1933 hat für das Deutsche Reich insgesamt einen Bestand von 23,98 Millionen Stück ergeben. Gegenüber der Dezemberzählung 1932 weist dieser Bestand die beachtliche Steigerung um eine Million Stück oder 4,5 v. H. auf. Der Bestand an schlachtreifen Schweinen ist nur um 2 Prozent größer. Dagegen haben die Bestände an jungen Schweinen um 4,5 v. H. an Ferkeln um 6 v. H. an trächtigen Sauen um 10,5 v. H. und von diesen die trächtigen Jungsaunen sogar um fast 18 v. H. zugenommen. Das Schweineangebot im Jahre 1934 wird also zunächst noch wenig, dann aber in zunehmendem Maße, über dem der Vorjahreszeit liegen. Dementsprechend werden sich in den nächsten Monaten die bisherigen Preise voraussichtlich nicht wesentlich ändern. Eine große Gefahr bildet aber die erhebliche Zunahme der trächtigen Jungsaunen. Die infolge der Verringerung der Arbeitslosigkeit und durch die Fettbewirtschaftung gestiegenen Schweinepreise lassen sich nur halten, wenn nicht mehr, sondern wenn möglichst viel schwere Schweine an den Markt kommen. Vor einer Ausbühung der Schweinehaltung muß dringend gewarnt werden!

### Ein evangelischer Pfarrer verhaftet

Dortmund, 9. Jan. Auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes wurde der evangelische Pfarrer Bertemeier in Dortmund-Marten in Schuchhaft genommen. Pfarrer Bertemeier hat sich schon im Sommer des Vorjahres durch beleidigende Äußerungen gegen den Kultusminister Raft unangenehm bemerkbar gemacht. Damals entging er nur einer empfindlichen Bestrafung, weil der Minister keinen Strafantrag gestellt hatte. Ein Einschreiten der Behörden ließ sich aber nicht mehr vermeiden, als der Pfarrer den ihm anvertrauten Konfirmanden die Anwendung des deutschen Grußes beim Betreten der Unterrichtsräume unterlagte und durch Rundschreiben das zwischen dem Reichsbischof und dem Führer der Hitlerjugend durchgeführte Einigungswerk der Jugend zu sabotieren versuchte.

### Die schwere Krise in Tirol

#### Handelskammer fordert von Dollfuß einstimmig Abhilfe

Innsbruck, 9. Jan. Die Tiroler Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie hat am Dienstag einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich mit der durch die politischen Verhältnisse entstandenen schweren Wirtschaftskrise beschäftigt. In der Entschließung heißt es: Wir Tiroler haben bewußt einen ausschlaggebenden Anteil unserer Wirtschaft von einer Befristung abhängig gemacht, die uns nur unser großes Bruderland bieten kann. Aber nicht nur wirtschaftlich hat unser gesamtdeutsches Denken und Handeln Ausbruch gefunden. In Tirol haben schon vor 13 Jahren 98 v. H. der Bevölkerung in einer Volksabstimmung den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich gefordert. Dies geschah zu einer Zeit, in der dort die innerpolitischen Verhältnisse währlich in der tirolischen Bevölkerung noch nicht den Wunsch rege machen konnten, ihnen auch bei uns Heimatrecht zu verleihen. Wir aber hörten damals so gut wie heuer auf die Stimme des Blutes, und so war Tirol auch das Land, in dem die ersten Befürworter jener Grundzüge, die heute im Deutschen Reich herrschen, Appl suchten vor der Achtung in ihrem Vaterlande. Heute aber werden fast nur wir Tiroler von der Einreiseperrre des Deutschen Reiches vernichtet getroffen. Am Schluß der Entschließung werden von der österreichischen Regierung energische Taten verlangt, um die durch die politische Lage entstandene schwere Krise im Lande Tirol zu mildern.

### Zeitweise Umbildung des französischen Kabinetts

Paris, 9. Jan. Unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten trat am Dienstag vormittag der Ministerrat zusammen. Ministerpräsident Chaumemps erstattete Bericht über den bisherigen Verlauf des Finanzstandes von Bayonne und erklärte, daß er bereit sei, in der Kammer die sofortige Beratung der diesbezüglichen Interpellationsanträge anzunehmen.

Chaumemps verlas sodann das Rücktrittschreiben des bisherigen Kolonialministers Dalimier, das vom Staatspräsidenten angenommen wurde.

gegen sieben Uhr. Dann ging in den Baracken ein lebhaftes Treiben los.

Als Elfe zusammen mit den Mägden den Morgenkaffee brachte, den sie wie das Mittagessen in der großen Barade einnahmen, da sahen sie, wie die Soldaten eifrig bemüht waren, sich schön zu machen.

Da wurde rasiert, gebürstet und gewaschen. Ja, sogar die Knöpfe wurden angeklippt, die abgegangen waren. Jeder wollte einen adretten Eindruck machen.

„Fräulein Elfe!“ rief der Reichswehrsoldat Nitsche. „Aber einen Erntetanz bitte ich mir aus.“

„Wir auch!“ riefen andere. „Wir wollen Sie auch mit schwanken.“

Elfe wehrte lachend ab.

„Un- Gottes willen... was sollen dann die Dorfschönen von Rosenburg sagen, die darauf warten, daß die schmucken Soldaten sie fleißig im Tanze drehen!“

Nitsche rief mit verklärten Augen: „Fräulein Elfe, Sie sind die Allerhöchste! Sie mühten eigentlich den Erntetanz mit dem Herrn tanzen.“

Elfe wurde glühend rot.

„Wollen Sie gleich still sein, Nitsche! Jetzt rasch... Kaffee getrunken! Und Kuchen!“

Jetzt sahen sie alle erst die Berge Kuchen.

Dreher, der fidele Berliner, faltete die Hände und sagte aus tiefstem Herzensgrunde: „Kuchen! Erntekuchen! Erntekuchen! Sie kauft an... den woll'n wir aber schnabulieren!“

Und das wurde sofort getan.

Als sich Elfe mit den Mägden wieder auf dem Wege nach der Küche befand, da fielen die Soldaten wie hungrige Wölfe darüber her.

Erntekuchen!

Streufelhuchen! Dide, zuckerfüße Butterstreufeln... zwei Zentimeter dick! Das war eine Lust...!

Da war allen das Mundwerk eingetrostet, weil die Kaffeemaschinen zu tun hatten... (Fortsetzung folgt.)

## Kampf um Rosenburg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hollstein.

35. Fortsetzung.

Rachdurst verboten.

Käthe telephonierte sofort mit dem Vater.

Der Kommerzienrat beruhigte sie und sagte ihr, daß er nicht daran denken werde, die Erlaubnis zu erteilen.

Ergähte ihr auch, daß der Baron sich geweigert habe, gegen eine Dauerrente in die Scheidung zu willigen, daß sich aber Alida nicht sorgen solle. Er hätte jetzt genügend Beweismaterial gesammelt, das zur Scheidung genüge. Notfalls müsse eben der Prozeß anhängig gemacht werden.

Käthe war mit allem einverstanden.

### Achtes Kapitel.

Förster Bayer mit seiner Familie, Frau, Sohn und Tochter, die horchten an dem Sonnabend vor dem Erntefest nicht schlecht auf, als durch den Wald um die Mittagstunde plötzlich fröhlicher Soldatengefang klang und immer näher kam.

Jetzt traten sie aus dem Walde.

Sechs Mann stark rückten sie an.

Bayer rief seine Hunde, die ihnen kläffend entgegenkamen, zurück und ließ sie willkommen.

„Befreiter Kilian mit fünf Mann!“ stellte sich der Führer mit seiner Truppe vor. „Beordert nach dem Forsthaus, um den unterirdischen Gang auszufauchen.“

Förster Bayer schüttelte den Kopf.

„Schön, willkommen... Mutter, wir haben Einquartierung! Sechs Mann stark wollen sie dem unterirdischen Gang zu Leibe rücken. Wer hat denn das auf Rosenburg angestellt?“

„Herr Gothe!“ antwortete Kilian. „Und der weiß, was er will.“

„Na, wegen mir, buddeln Sie los, meine Herren, nach Befehlen. Wir werden im übrigen alles tun, damit es Ihnen bei uns gefällt. Ist uns auch wohl, wenn noch ein paar Mann uns Gesellschaft leisten.“

Der Ministerpräsident unterbreitete dem Staatspräsidenten ferner die Ernennung des bisherigen Arbeitsministers Lamouroux zum Kolonialminister, des bisherigen Handelsmarine-Ministers Frot zum Arbeitsminister und des bisherigen Unterstaatssekretärs im Innenministerium, Bertrand, zum Handelsmarine-Minister. Auch diese Ernennungen wurden vom Staatspräsidenten angenommen. Alle übrigen Ministerien bleiben unverändert. Auf Vorschlag des Justizministers wurde General Kollert zum Großkanzler der Ehrenlegion ernannt.

Der Luftfahrtminister unterbreitete dem Staatspräsidenten einen Gesetzesentwurf, der die Auszeichnung des Generals Billémin, des Führers des französischen Flugzeuggeschwaders, das im eben den Afrikaflug beendet hat, mit dem Großkreuz der Ehrenlegion vorseht. Außenminister Paul Boncour erstattete Bericht über die laufenden politischen Verhandlungen.

## Letzte Nachrichten

### Beisprechungen der Reichsbank mit den Vertretern der mittel- und langfristigen Schulden

Berlin, 9. Jan. Da im Dezember dem Gläubigerausschuß zugestimmt worden war, ihm vor Neuabschluss eines besonderen Zahlungsabkommens mit der Schweiz und Holland Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und die Regierungen der beiden Länder nunmehr an die deutsche Regierung zwecks Abschluß eines besonderen Zahlungsabkommens herangetreten sind, hat die Reichsbank die Vertreter der Gläubiger zu einer Sitzung am 22. Januar in Berlin eingeladen. Es handelt sich also hier nicht um eine neue Transferkonferenz.

### Der neue thüringische Landesbischof gewählt

Eisenach, 9. Jan. Am Dienstag wählte der thüringische Landeskirchenrat mit 51 gegen 3 Stimmen Kirchenrat Sälze zum Landesbischof. Der bisherige Landesbischof D. Reichardt tritt aus Gesundheitsrücksichten am 1. März in den Ruhestand.

### Die englische Beteiligung an der Genfer Ratstagung

London, 9. Jan. Wie Reuter erfährt, wird Geheimlord Siegelbewahrer Eden an der am 15. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundesrats die etwa eine Woche dauern wird, teilnehmen. Zweifelhaft ist, ob Außenminister Simon die ganze Woche wegen der in London stattfindenden Kabinetts- und Ausschußbesprechungen über die Abrüstung in Genf bleiben kann, doch beabsichtigt er, wie seine Amtsvorgänger, an den periodischen Sitzungen des Völkerbundesrats teilzunehmen. Sonderlich wird den Zeitpunkt für den Zusammentritt des Büros des Völkerbundes nach Rücksprache mit den Regierungen festzulegen.

### Anschlagversuch auf Ministerpräsident Saïto?

Tokio, 9. Jan. Am Dienstag versuchte ein Japaner, offenbar in der Absicht, den Ministerpräsidenten Saïto zu ermorden, in dessen Wohnung einzudringen. Die Wache nahm jedoch noch rechtzeitig den Eindringling fest. Man fand bei ihm eine Waffe und einen Brief. Der Schreiber des Briefes führt aus, er wolle den japanischen Ministerpräsidenten beseitigen, da so ein alter Mann wie Saïto in den heutigen Zeiten nicht die japanische Politik erfolgreich leiten könne. Außerdem habe Saïto den nationalen Willen des japanischen Volkes geschwächt. Der festgenommene, der ins Polizeipräsidium eingeliefert wurde, verweigerte bisher jede Aussage.

### Massenpanik auf dem Bahnhof von Kioto — 70 Tote, 56 Verletzte

Tokio, 9. Jan. Bei der Verabschiedung von zum Frontdienst eingezogenen Marinerekruten ereignete sich auf dem Bahnhof von Kioto eine furchtbare Massenpanik, bei der 70 Menschen getötet und 56 verletzt wurden. In dem ungeheuren Gedränge der auf dem Bahnhof verarmelten Menschen wurde ein ganzer Haufe von Personen zu Boden geworfen und von nachstolenden Massen, die nicht auszuweichen vermochten, erdrückt.

### Japanisches Militärflugzeug abgestürzt — Zwei Tote

Tokio, 9. Jan. Ueber dem Flugfeld Osaka stürzte am Montag abend infolge des starken Nebels ein Militärflugzeug ab. Der Pilot und sein Beobachter wurden getötet.

## Lokales

Wildbad, 10. Januar 1934.

90 Jahre alt. Morgen Donnerstag vollendet die Witwe Karoline Schumann ihr 90. Lebensjahr. Mit einer in diesem hohen Alter seltenen geistigen Frische verfolgt die Greisin täglich die politischen und Tagesereignisse in unserer Zeitung, die sie noch ohne Brille zu lesen vermag. Zwar wollen ihre Füße nicht mehr so recht mitun, aber trotzdem versteht sie ihren bescheidenen aber lauberen Haushalt noch allein und weiß ihre kärgliche monatliche Rente von 17 Mark, wovon sie noch ihren Hauszins bestreitet, weise einzuteilen. Möge der Gütigenamen an ihrem morgigen Geburtstag die Sonne in ihr Stübchen scheinen und ihrer in Liebe gedacht werden. Unsere Glückwünsche begleiten sie.

### Der neue Beitragsatz bei den würt. Krankenkassen

Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten über die Krankenversicherung vom 1. März 1933 und durch die Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung vom 17. März 1933 ist die Aufsicht über die Krankenkassen auf einen neuen Rechtsboden gestellt worden. Das Aufsichtsrat wurde auf Fragen der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit in der Geschäftsführung ausgedehnt und damit den Aufsichtsbehörden die Möglichkeit gegeben, zieldbewußt auf eine einfache und sparsame Verwaltung und Betriebsführung hinzuwirken! Als eines der vornehmsten Ziele der Beauftragten wurde die Herabsetzung der Beitragsätze bezeichnet. Greifbare Fortschritte sollten erzielt werden! In dem Erlaß des Reichsarbeitsministers über die Tätigkeit der Beauftragten in der Krankenversicherung vom Mai 1933 ist ausgeführt worden, daß die Senkung der Sozialkassen, insbesondere auf dem Gebiete der Krankenversicherung, geeignet sei, zu ihrem Teil an der Herabminderung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken.

Schon am 27. März 1933 wurde von dem beauftragten Reichskommissar für die Krankenkassen Württembergs angeordnet, daß alle reichsgerichtlichen Krankenkassen in eine eingehende Prüfung darüber einzutreten haben, ob ihre Betriebe zweckmäßig nach dem Grundsatz „kleinster Aufwand — größte Leistung“ organisiert sind und ob die Eigenbetriebe nach den Grundätzen einer wirtschaftlichen Geschäftsführung geführt werden. Seit 1. April 1933 haben von den 70 Allgemeinen Ortskrankenkassen 25 ihren Beitrag gesenkt. Der durchschnittliche Beitragsatz bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen erfuhr dadurch eine Ermäßigung von über ein Viertel Prozent. Von den bestehenden 9 Besonderen Ortskrankenkassen haben 7 ihren Beitragsatz ermäßigt. Der durchschnittliche Beitragsatz bei den Besonderen Ortskrankenkassen erfuhr dadurch eine Ermäßigung von über ein Viertel Prozent. Von den 152 Betriebskrankenkassen

haben 79 ihre Beiträge gesenkt. Der Durchschnittssatz fiel dadurch um ein halbes Prozent. Von den 14 Innungskrankenkassen hat nur eine einzige ihren Beitragsatz ermäßigen können. Der gegenwärtige durchschnittliche Beitragsatz beträgt bei den Allgemeinen und Besonderen Ortskrankenkassen nur noch 4,9 Prozent. In Baden beträgt der durchschnittliche Beitragsatz dieser Kassenarten noch 5 n. H. Bei den Innungskrankenkassen ist der durchschnittliche Beitragsatz auf 4,21 und bei den Betriebskrankenkassen auf 3,3 Prozent ermäßigt worden. Der durchschnittliche Beitragsatz dieser beiden Kassenarten zusammen beträgt in Baden 4,75 Prozent, während er in Württemberg sich nur noch auf 3,75 Prozent beläuft. Die Einsparungen, die durch die erfolgten Maßnahmen erzielt worden sind, ergeben sich bei einem Vergleich der Beitragslast vom 1. April 1933 mit der vom 1. Dezember 1933. Durch die Beitragsermäßigungen hat sich die jährliche Beitragslast um 1,6 Millionen RM. ermäßigt.

## Württemberg

### Aushebung kommunistischer Organisationen

Stuttgart, 9. Jan. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In Württemberg konnten seit einiger Zeit Neubildungen von kommunistischen Organisationen beobachtet werden, die sich neben anderer staatsfeindlicher Betätigung, insbesondere illegale Propaganda, Herstellung und Verbreitung von Flugblättern der „Roten Hilfe“ zum Ziele gesetzt hatten.

Es wurde zum Teil mit Erfolg versucht, die mittels Wachsmatrizen und Verteilungsapparaten hergestellten Flugblätter durch eine besondere Verteilungsorganisation in Stuttgart und im Lande, vorwiegend in Betrieben, zu verbreiten, wobei jedoch die Flugblattverteiler infolge des Widerstands der Belegschaften ihre Absicht nicht durchführen konnten.

Die Feststellungsmassnahmen der Württ. Politischen Polizei haben in den letzten Monaten zur Aushebung der Organisation geführt. Es wurden insgesamt 26 Personen verhaftet, die bereits von den zuständigen Gerichten abgeurteilt sind oder der Verurteilung noch entgegenstehen. Es handelt sich neben einer Anzahl schon früher tätiger kommunistischer Führer um eine Reihe von Personen, die kommunistischen Intellektuellen-Gruppen angehören.

Unter den bei der geheimen Gruppe beschlagnahmten Gegenständen befanden sich u. a.: sechs Schreibmaschinen, vier Verteilungsapparate, darunter ein Rotafix, und eine größere Anzahl von Wachsmatrizen.

### Württembergs 4-Millionen-Spende für das Winterhilfswerk

Stuttgart, 9. Jan. Das Land Württemberg hat im Kampf gegen die Not des Winters, gegen Hunger und Kälte ein gewaltiges Werk vollbracht, das von wahrer Volksverbundenheit und Opferbereitschaft zeugt. Bis jetzt wurden in Württemberg und Hohenzollern 2 Millionen RM an barem Geld und ungefähr 2 Millionen RM an Sachwerten, insgesamt also 4 Millionen RM für das Winterhilfswerk aufgebracht. Es ist festzustellen, daß sich alle Kreise des Landes an der Spende beteiligt haben. Ungeheuer wertvoll waren vor allem auch die Sachspenden, die Lebensmittel aller Art, Bekleidungsgegenstände, Holz- und Kohlenpenden umfassen, und an denen sich die Industrie und die Geschäftswelt, das sei dankbar festgestellt, in hervorragendem Maße beteiligt hat.

### Produktions- und Qualitätssteigerung im württembergischen Obstbau

Stuttgart, 9. Jan. Der Geschäftsführer des Württ. Obstbauvereins, Obstbau-Oberinspektor Schaal, gibt im Januarheft der Vereinszeitschrift „Der Obstbau“ bemerkenswerte praktische Anregungen zur Produktions- und Qualitätssteigerung im württembergischen Obstbau. Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Verringerung gewisser Kulturmethoden und einer „Generalüberholung“ der Baumbestände kommt er zu folgendem Schluß: „Wir brauchen sowohl eine Qualitätsverbesserung wie auch eine Steigerung der Produktion. Welche Wege zu gehen sind, das ist Sache einer gemeinschaftlichen Aussprache. Die Ausführung der festgelegten Massnahmen wird aber die schwierigste Aufgabe sein, die dem Obstbau bisher erwachsen sind. Es gehören dazu führende Männer, die unabhängig vorgehen können, die eine gründliche Schulung besitzen und die von ihrer Aufgabe bis ins Innerste durchdrungen sind. Eine Zentrale kann Richtlinien ausgeben, zur Ausführung brauchen wir die Tüchtigsten aus dem Fach, die ihren Bezirk, ihre besonderen Verhältnisse kennen und mit ihren Leuten Fühlung haben. Ein ausgewählter Stab von Oberamtsbaumwarten mit den entsprechenden Baumwarten für jeden Bezirk, der obstbaulich eine Bedeutung hat, damit könnte es geschafft werden! Möchte bald die Erkenntnis in allen Kreisen im Lande durchdringen, daß eine Aufgabe im Obstbau auf uns wartet, die nicht länger hinausgeschoben werden darf, die aber dem Lande Quellen erschließt, die bisher ungefaßt blieben!“

Eßlingen, 9. Jan. (Auf Schwere geraten.) Am Samstag hat in Stafa am Züricher See der aus Eßlingen stammende 19 Jahre alte Dienstknecht Karl Huber die Schwester seines Arbeitgebers, eines Landwirts, erschlagen. Huber flüchtete mit etwa 500 Franken in Bargeld, sowie verschiedenen Wertpapieren, konnte aber noch am gleichen Abend auf dem gegenüberliegenden Ufer des Züricher Sees verhaftet werden. Der Mörder legte ein umfassendes Geständnis ab.

Kirchheim u. T., 9. Jan. (Zahlreiche Unfälle.) In Schlierbach erlitt ein 15jähriger Junge beim Ausgleiten auf einem Hof einen Unterschenkelbruch. — Ein besonders tragischer Fall wird aus Schopfloch gemeldet. Der 34jährige Schmiedemeister Ludwig Weisch aus Schopfloch wollte mit seinem Sohn und drei SA-Kameraden eine Skitour nach Reimlingen unternehmen. In der Nähe des Bahnhofs brach er infolge einer Herzlähmung tot zusammen. — Ein Stuttgarter Herr erlitt beim Skilaufen einen Oberschenkelbruch.

Rottenburg, 9. Jan. (Um Erhaltung der Jung-Hans-Filiale.) Im Oktober 1930 wurde zwischen der Stadt Rottenburg und der Firma Junghans in Anbetracht der verschlechterten Wirtschaftslage und im Hinblick auf die ungünstige Entwicklung der Uhrenindustrie eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Stadtverwaltung Rottenburg der Firma für die Aufrechterhaltung ihres Rottenburger Filialbetriebes einen jährlichen Zuschuß leistet. Nun verlangt die Firma ein größeres Entgegenkommen. Dazu ist aber die Stadt ohne weiteres nicht in der Lage. Der Gemeinderat hat größtes Interesse daran, daß der Betrieb mit seinen 166 Arbeitern und Arbeiterinnen nicht stillgelegt wird. Der Gemeinderat beauftragte Bürgermeister Seeger, mit der Firma Junghans in Schramberg Verhandlungen mit dem Ziel der Verlängerung des Vertrages auf annehmbarer Grundlage zu führen.

Salach, 9. Jan. (Der Brand bei Schachenmayr.) Die Ursache des Brandes bei der Fa. Schachenmayr ist immer noch nicht geklärt und sehr mysteriös.

riß. Eine Stunde vor Bekanntwerden des Brandes gingen die beiden Nachtwächter noch durch den zerstörten Trakt, ohne etwas zu bemerken. Zu allem Unglück war die Telefonleitung beim Portier seit drei Tagen gestört. Die besondere Alarmvorrichtung der Fabrik funktionierte letztensamerweise ebenfalls nicht. Der Schaden soll mehrere 100 000 RM. betragen.

Neckarjahn, 9. Jan. (Rückgabe des Ehrenbürgerrechts.) Von Prof. Dr. Ernst Bauer in Ludwigsburg ist folgendes Schreiben beim Bürgermeisteramt eingelaufen: „Das mir im Jahre 1930 nach der erfolgreichen Ausführung des von mir verfaßten Heimatspiels „Der Löwenwirt von Neckarjahn“ verliehene Ehrenbürgerrecht lege ich hiermit in die Hände der Stadt zurück.“

Heilbronn, 9. Jan. (Der Neckar erneut vereist.) Die Neckarschiffahrt kann noch nicht mit dem Wegschmelzen des Neckareises rechnen, da in der letzten Nacht neuer Frost eingetreten ist, der eine neue Eisbede gebracht hat. In Hirschhorn verzeichnete man Montag früh 8 Grad unter Null, in Heidelberg 4 Grad. — Die Neckarbaudirektion machte am Samstag den Versuch, das Eis von Mannheim her im Neckar und im Kanal aufbrechen zu lassen, doch war das Eis dort noch so dick, daß der Versuch wieder aufgegeben werden mußte.

Calw, 9. Jan. (Tobjuchtsanfall.) Am Erntedankfest erlitt ein Bewohner der Bischofstraße einen Tobjuchtsanfall. Er zertrümmerte die Fensterscheiben, richtete in der Wohnung Schaden an und griff auch verschiedene Personen an. So verletzte er den herbeieilenden Hausbesitzer und schlug einen Polizeibeamten und 2 Mitglieder der Freiw. Sanitätskolonne Calw. Den Kolonnenführer verletzte er dabei derart, daß dieser sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und arbeitsunfähig wurde.

Schwäbisch Gmünd, 9. Jan. (Ernennung.) Dr. med. Erwin Dorn, Chefarzt der Volkshelldiagnostik Charlottenhöhe bei Calmbach und leitender Arzt der Tuberkulose-Fürsorgeeinrichtung Neuenbürg, ist vom Reichstuberkuloseauschuß in Berlin zum stellv. Leiter für Südwestdeutschland (Württemberg und Baden) ernannt worden.

Lauffingen, 9. Jan. (Ehrenbürger.) Kreisleiter und Reichstagsabgeordneter Emil Kiener wurde zum Ehrenbürger der Gemeinde ernannt.

Margrethausen, 9. Jan. (Brand.) Am Sonntag abend brach in dem Wohn- und Uekonomiegebäude des Karl Schaudi aus unbekannter Ursache Feuer aus. Durch das schnelle Eingreifen des Eßlinger Löschzugs konnte verhindert werden, daß das Gebäude bis auf den Grund niederbrannte, doch ist es ziemlich stark beschädigt.

Rottweil, 9. Jan. (Todesfall.) Im hohen Alter von 91 Jahren verschied am Dreikönigstag Baurat a. D. Währlein. Im Jahre 1874 trat er zur Straßen- und Wasserbauverwaltung über, wo ihm am 1. Dezember 1874 die Straßenbau-Inspektion Rottweil übertragen wurde, der er bis zu seiner 1913 erfolgten Zuruückkehr vorstand.

Spaichingen, 9. Jan. (Alpenfernsicht bis zum Montblanc.) Den Besuchern des Dreifaltigkeitsberges bot sich am Sonntag vormittag eine selten schöne Alpenfernsicht. Selbst der Montblanc konnte aus der Anzahl der in prächtiger Frührot liegenden schneebedeckten Häupter erkannt werden. Ueber die schneebedeckten Schwarzwaldberge weg konnten sogar die Vogesen gestichelt werden.

Neufisch, 9. Jan. (Die schadhafte Kirchendecke.) Den Vorgeschieden eines Erdbenen-Schreffens hatten am letzten Sonntag die hiesigen Kirchensucher, als während der Predigt plötzlich ein großes Stück der Gipsdecke unter der Orgelempore auf die Köpfe der andächtigen Zuhörerinnen herabfiel. Zum Glück war die Fallhöhe nicht groß, auch hatten die Betroffenen Hüte auf. Trotzdem gab es manche blutende Nasen und Hände und schmerzende Schulterverrenkungen, von den beschädigten Hüten und Kleidern ganz zu schweigen. Das Nachspiel wird wohl ein komplizierter Haftpflichtfall der Kirchenpflege sein.

Sommerried, 9. Jan. (Einkurz eines Gebäudes.) Das Uekonomiegebäude des Johann Baptist Schneider von Hintermoos Gemeinde Sommerried, ist am Dreikönigstag infolge Schneedrucks und Bau-fälligkeit bis auf die Wohnung völlig in sich zusammengefallen. Die Bewohner vernahmten ein verdrängtes Knistern im Gebälk, das sich rasch steigerte. Die Stalung wurde darauf unverzüglich geräumt und das Vieh in Sicherheit gebracht. Wenige Minuten darnach brach das Gebäude unter lautem Krachen in sich zusammen und auf dem Boden lag ein Durcheinander von zerbrochenem Gebälk, Dachziegel, Futtervorräten und Schneemassen. Das angebaute Wohnhaus blieb im allgemeinen verschont, doch mußten durch Anbringen von Stützen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden.

Langenau, 9. Jan. (Mord oder Selbstmord?) Die Gastwirtin zur „Germania“, Magdalena Braun, und ein junger Mann von Langenau namens Oster-tag wurden am Montag in der Wirtschaft zur „Germania“ tot aufgefunden. Es steht noch nicht fest, ob es sich dabei um Mord oder Selbstmord handelt, da die Untersuchung noch im Gange ist.

Vom bayerischen Allgäu, 9. Jan. (Tot unter der Lawine.) Vier Augsburger Reichswehrsoldaten machten in 1800 Meter Höhe auf den Schnippenköpfen bei Füssen eine Skipartie, als sich plötzlich ein Schneebrett löste, der 22jährige Oberschütze Anton Fahrhagen von Wertingen 300 bis 400 Meter den Hang hinabstürzte und unter der Lawine in einer Tiefe von 3-4 Metern begraben wurde. Erst nach mühsamer Arbeit gelang es, den Verschütteten zu bergen; er war tot.

Vom bayerischen Allgäu, 9. Jan. (Der zutrauliche Hirsch.) Im Aichtal bei Pfonten hat ein Hirsch mit Holzknechten Freundschaft geschlossen. Jedesmal, wenn diese mit ihren Pferdegepanschen zum Holzabführen kommen, stellt sich ein kapitaler Zwölferhirsch ein und läßt sich die Futterreste der Pferde schmecken. Dann macht er sich über die Futterfäcke her; und wenn die Knechte ihm dies wehren wollen, indem sie Dedden auf die Seite legen, schiebt er diese mit seinem mächtigen Geweih weg. Stundenlang schon hielt sich das zutrauliche Tier wenige Meter von den Holzknechten entfernt, und aller Lärm der Arbeiten konnte ihn nicht aus seiner Ruhe bringen.

## Schwarzes Brett

### NS-Volkswohlfahrt.

Alle Zahlungen an den Kreis der NS-Volkswohlfahrt sind ab heute auf das Giro-Konto Nr. 691 bei der Oberamtsparkasse, Zweigstelle Wildbad zu leisten. Die rückständigen Beiträge für Zeitschriften, Christrosen und Neujahrsplaketten müssen bis spätestens 20. ds. Mts. auf das genannte Giro-Konto einbezahlt sein.

Kreisstadler Wiber.

## Aus dem Gerichtssaal

### Die Strafanträge im Malkowsky-Prozess

Berlin, 9. Jan. Im Malkowsky-Prozess stellte der Staatsanwalt gegen die 53 kommunistischen Angeklagten die Strafanträge. Er beantragte gegen die drei Hauptredaktionsleiter die Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus, gegen weitere Angeklagte 12, 11, 8 und 3 Jahre Zuchthaus. Gegen sieben Angeklagte wurden je zehn Jahre Gefängnis beantragt. Die Strafanträge gegen die übrigen Angeklagten bewegen sich zwischen sechs Monaten und neun Jahren Gefängnis.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

**Der Nord bei Steingaden.** Der Kraftwagenführer Alfons Graf aus München, der seine Geliebte, eine 40 Jahre alte Gastwirtin aus München, im Kraftwagen erschossen und dann den Wagen mit der Leiche im Hof einer Gastwirtschaft in Steingaden stehen gelassen hatte, konnte am Montag in Steingaden festgenommen werden. Graf gestand, die Frau am Ettaler Berg erschossen zu haben. Sie hätten ursprünglich den Plan gehabt, gemeinsam in den Tod zu gehen, jedoch habe ihn der Mut verlassen.

**Postkraftwagenunglück in Italien.** Bei der Stadt Segni hat sich ein folgenschweres Kraftwagenunglück ereignet, bei dem 6 Arbeiter ums Leben kamen und 14 verletzt wurden. Der Kraftwagen hatte sich überschlagen und war in eine tiefe Schlucht gestürzt. Versagen der Bremsen soll die Ursache des Unglücks sein.

**Selbstmord des Erbauers des Wasserkraftwerkes von Urbeis.** Wie der „Petit Parisien“ meldet, hat Ingenieur Scherrer, der die Pläne des Wasserkraftwerkes von Urbeis entworfen hat, in Mülhausen Selbstmord begangen. Scherrer war 60 Jahre alt.

**Zwei rumänische Bauern von Wölfen zerrissen.** Bei Klausenburg wurden vier Bauern auf dem Heimwege von Wölfen überfallen. Zwei wurden von den Wölfen zerrissen, die beiden anderen konnten sich retten.

**Landesobmann Meh beurlaubt.** Der Reichsbauernführer H. Walter Darre hat mit sofortiger Wirkung den Landesobmann Meh der Landesbauernschaft Hessen von seinen sämtlichen Ämtern beurlaubt.

**Zwei Schulten werfen sich vor einen D-Zug.** Vermutlich aus Furcht vor Strafe ließen sich am Montag Abend die beiden 13 und 14 Jahre alten Brüder, Martin und Johann Tullak aus Niederlau in der Nähe des dortigen Bahnhofes von dem D-Zug Dresden-Leipzig überfahren. Beide Knaben wurden auf der Stelle getötet. Dem einen wurde der Kopf abgetrennt, dem anderen wurde der Schädel zertrümmert.

**Oberbürgermeister Kaufher-Botsdam zurückgetreten.** Oberbürgermeister Kaufher hat am Dienstag nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidenten einen längeren Urlaub angetreten, nach dessen Verlauf er in den Ruhestand treten wird.

**SM-Scharführer ermordet.** Bei einem Tanzvergnügen in Zelazno bei Oppeln entstand unter den Gästen ein Streit, den der SM-Scharführer Paul Wjstus schlichtete. Nach Schluß der Tanzfestlichkeit wurde Wjstus vor einem Gehöft in seinem Blut liegend aufgefunden. Er wurde nach dem Gasthaus gebracht, wo ein Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Unter dringendem Tatverdacht wurde der Knecht Becker verhaftet und dem Oppelner Polizeigefängnis zugeführt. Der vorläufige Befund hat ergeben, daß Wjstus mit einem Knüttel niedergeschlagen worden ist.

## Handel und Verkehr

**Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom 8. und 9. Januar**

Buenos Aires (1 Pap. Peso)	0,637	0,641	0,640	0,644
London (1 Pfund)	13,69	13,72	13,655	13,715
New York (1 Dollar)	2,692	2,698	2,692	2,698
Amst.-Rottd. (100 Gulden)	168,73	169,07	168,73	169,07
Brüss.-Antw. (100 Belg.)	58,24	58,35	58,26	58,38
Kopenhagen (100 Kr.)	61,09	61,21	61,04	61,15
Oslo (100 Kr.)	65,78	65,92	65,73	65,87
Paris (100 Fr.)	16,41	16,45	16,41	16,45
Prag (100 Kr.)	12,465	12,485	12,46	12,48
Schweis (100 Fr.)	81,22	81,38	81,17	81,33
Stoch.-Göteborg (100 Kr.)	70,58	70,72	70,53	70,67
Wien (100 Schilling)	47,20	47,30	47,20	47,30

### Wirtschaft

#### Reichsbankausweis vom 6. Januar

Berlin, 9. Jan. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 6. Januar 1934 hat sich in der verflochtenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Wertpapieren um 361,3 Millionen auf 3625,8 Millionen RM. vermindert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 210,4 Millionen auf 2966,7 Millionen RM., die Lombardbestände um 120,6 Millionen auf 62,7 Millionen RM. und die Bestände an Reichsschatzwechseln um 43,4 Millionen auf 5,3 Millionen RM. abgenommen, dagegen die Bestände an bedungsfähigen Wertpapieren um 10,0 Millionen auf 269,4 Millionen RM. zugenommen. Die Bestände an sonstigen Wertpapieren blieben um 321,7 Millionen RM. unverändert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 198,9 Millionen in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 178,9 Millionen auf 3468,1 Millionen RM., derjenige an Rentenbankscheinen um 20,0 Millionen auf 371,6 Millionen RM. verringert. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 61,2 Millionen auf 1448,1 Millionen RM. ab. Die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen haben sich auf 37,3 Millionen RM., diejenigen an Scheidemünzen unter Berücksichtigung von 4,1 Millionen RM. neu ausgeprägter und 0,2 Millionen RM. wieder eingesogener auf 237,0 Millionen RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 495,7 Millionen RM. eine Abnahme um 144,2 Millionen RM. Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 4,0 Millionen auf 399,6 Millionen RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 3,0 Millionen RM. auf 389,2 Millionen RM. und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 1,0 auf 10,4 Millionen RM. zugenommen. Die Debita der Noten betrug am 6. Januar 11,5 Prozent gegen 10,9 Prozent am Ultimo Dezember v. Js.

### Getreide

**Berliner Markt für Nährstaud vom 9. Jan.** Weizen märk. 193, Roggen märk. 160, Braugerste 187-191, Sommergerste 169 bis 175, Hafer märk. 149-155, Auszugsmehl 31,70-32,70, Vorsugsmehl 30,70-31,70, Bädermehl 25,70-26,70, Vollmehl 29,70 bis 30,70, Roggenmehl 21,90-22,90, Weizenkleie 12,29-12,60, Roggenkleie 10,50-10,80, Vitoriaerbsen 40-45, kleine Speiseerbsen 32-36, Futtererbsen 19-22 RM.

### Märkte

#### Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 9. Januar

Zutrieb: 50 Ochsen, 37 Bullen, 159 Junabullen, 253 Jungrinder, 253 Kühe, 2 Ferkel, 1235 Kälber, 1991 Schweine, 1 Schaf. Unverkauft: 5 Ochsen, 20 Jungrinder, 20 Schweine. Ochsen: ausgem. 25-28 (uno.), vollst. 23-24 (uno.), II. 21-22 (20-22). Bullen: ausgem. 26-27 (uno.), vollst. 24-27 (uno.), II. 23-25 (uno.), ger. 22-23 (21-22). Jungrinder: ausgem. 29-31 (28-31), vollst. 25-27 (uno.), II. 23-25 (uno.), ger. 20-22 (uno.). Kühe: ausgem. 21-25 (uno.), vollst. 15-18 (uno.), II. 10 bis 14 (uno.), ger. 7-10 (uno.). Kälber: feinste Mast- und beste Saugl. 34-37 (34-36), mittl. 29-32 (uno.), ger. 20-28 (22-28).

Schweine: über 300 Pfd. 49-50 (50,5), von 240-300 Pfd. 49-50 (uno.), von 200-240 Pfd. 48-49 (47-49), von 160 bis 200 Pfd. 46-47 (45-47), von 120-160 Pfd. 44-45 (43-44), Sauen 35-41 (35-40), Verkauf: Großvieh mähla. Kälber mähla, Schweine rubia.

**Verlauf des Stuttgarter Schlachtviehmarktes vom 9. Jan.** Der Großviehmarkt war wenig besetzt. Der Bedarf ist immer noch klein. Die Qualität war heute etwas besser. Rinder werden rar. Ochsen blieben unverändert und wenig gefragt. Bullen hätten mehr da sein dürfen und waren etwas leiser. Auch beste Kühe waren gefragt und fest. Mittelware kam heute vielfach nach auswärts. Kühe fanden zu alten Preisen arme Käufer. Es wurde annähernd geräumt. Auch der Kälbermarkt war recht mähla besetzt. Bei viel guter Qualität konnten sie 1 Pfa. höher notiert werden. Es wurde mühselos geräumt. Schweine waren etwa ausreichend angeboten und der Verkauf anfangs rubia, bei wenig veränderten Preisen der Schlachtwieher leiser. Sauen gingen etwa 1 Pfa. höher. Der Fleischmarkt war stark besetzt, bei wenig Kaufkraft. Bullenfleisch wie fetter, Rinderviertel verloren oben 2 Pfa. Auch Rübflisch ist 1 Pfa. niedriger, Kälber- und Schweinefleisch blieb gleich. Hammel sind 1 Pfa. besser.

**Stuttgarter Fleischgroßmarkt vom 9. Jan.** Farrenfleisch 41 bis 46 (uno.), Rinderviertel fett 50-54 (50-56), mittel 43-47 (uno.), gerina 38-42 (uno.), Rübflisch 23-34 (24-35), Kälber mit Innereien 55-63 (uno.), Schweinefleisch 68-73 (uno.), Hammelfleisch 55-60 (55-59) Pfa. je Pfund.

**Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 9. Jan.** Zutrieb: 132 Ochsen, 117 Bullen, 321 Kühe, 261 Ferkel, 697 Kälber, 95 Schafe, 1746 Schweine. Preise: Ochsen a 30-32, b 23-25, c 26-27, d 22-25, e 15-20, f 11-15, Ferkel a 30-33, b 26-29, c 21-25, Kälber a 40-4, b 36-39, c 29-35, d 21-26, Schafe c 22-27, Schweine a 51-53, b 50-53, c 50-53, d 49-52, e 43-47 Pfa. Marktverlauf: Großvieh rubia, langsam geräumt; Kälber mähla; Schweine mähla, geringer Ueberstand.

**Ulmer Schlachtviehmarkt vom 8. Jan.** Zutrieb: 4 Ochsen, 13 Farren, 17 Kühe, 12 Rinder, 149 Kälber, 280 Schweine. Preise: Ochsen 25-26, Farren 20-24, Kühe 12-15, Rinder 22-26, Kälber 23-30, Schweine 40-45 Pfa. Marktverlauf: in allen Gattungen langsam.

**Schweinepreise. Kalen:** Milchschweine 26-35 RM. Laichingen: Milchschweine 12-15, Läufer 24-25 RM. - Hechingen: Milchschweine 25-35 RM. - Riedlingen: Milchschweine 28-34, Mutterchweine 90-110 RM. - Kitzleaa: Ferkel 15-16 RM. - Ochsenbauern: Milchschweine 33-35 RM. - Schullerried: Milchschweine 28-35 RM. - Güglingen: Milchschweine 20-28, Läufer 44-60 RM. - Tullingen: Milchschweine 20-30 RM. - Ritzheim: Milchschweine 15-20, Läufer 34-45 RM.

**Biehpreise. Kalen:** Farren 130-270, Kühe 100-360, Kälber und Jungvieh 80-360, Kälber 32-35 RM. - Laichingen: Farren 90-150, Ochsen 220-300, Kühe 180-260, Kälber 280-320, Jungrinder 70-100 RM. - Hechingen: Rinder 50-200, trachtige Kalbinnen und Kühe 250-320, Wurfkühe 150 RM. - Ochsenbauern: Rindvieh 85-100 RM. - Schullerried: 1 Kuh 157, Kälber 245-295, Jungvieh 90 bis 180 RM.

**Elwanner Pferdemarkt vom 8. Jan.** Die Zufuhr war nicht so stark wie in früheren Jahren; sie betrug circa 300 Pferde. Der Handel war im allgemeinen lebhaft. Händlerverste were es auf dem Markt und in den Ställen vom „Wilden Mann“ circa 120 Stück. Es wurden bezahlt für: 2-3jährige Fohlen 350-750, Fohlen geringerer Qualität und jüngere Fohlen 250-350, leichte Kassenpferde von guter Qualität 450-800, von geringerer Qualität 300-450 RM., schwerer Schlag 800-1000 RM., Arbeitspferde 450-600, Händlerpferde leichte 450-700.

**Evangelischer Gottesdienst.** Mittwoch Abend 8 Uhr Bibelleseabend im Gemeinde-saal. Donnerstag Abend 8 Uhr Mädchenabend im Pfarrhaus.

Verleger und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Bildhauer Tagblatt, Wildbader Straße, Wildbad im Schwarzwald (Jah. 23. Gref) Nr. 1. 24. 1934

### Wir empfehlen:

Spelle-Effig Liter 30 5  
Tafel-Öl 110 5  
Eier 10 Stück 96 5  
1/2 Pfd. Käse Rippensteck 2 \* Sauerkraut 68 5  
auf.

Mischobst (Zitrusfrucht) Pfd. 40 5  
Bläumen 30 5  
Ringäpfel 58 5

... und Rabatt

Otto Böh, Niederlage von  
**Thams & Garfs**  
Hamburger Kaffee-Vager



Wir haben den

## Berechtigungs-nachweis

für den Verkauf parteiamtlicher, vorschriftsmäßiger Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, sowie Abzeichen der NSDAP. und deren angehöriger Formationen und Verbände erhalten.

**Phil. Bosh Nachf.**  
**Sporthaus Sixt.**

Unterstützt das heimische Gewerbe!

Wildbad, 9. Januar 1934.



## Dank-sagung.

Für alle Liebe und Aufmerksamkeit, sowie der tiefempfundenen Anteilnahme beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen

**Marie Proß**  
geb. Grohmann

Sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Besonders danken wir dem Herrn Stadtpfarrer für die tröstenden Worte, dem Viederkranz für den Befang, den Schulfameraden für die Kranzniederlegung und allen denen, die Sie zur letzten Ruhe begleiteten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Albert Proß mit Sohn Willy.**

## Zinslose Darlehen

ab 200.- Niedrigste Tilgungs-raten. Keine Provision. Gegen Sicherheiten. Zuschriften unter B. 3. 10 an die Tagblatt-gesch

## Frische Fische

direkt vom Fangplatz:

Kabliau 1/2 Anschnitt 23 5  
Schellfisch - Bratschellfisch Seelachs

Filet ohne Bauch-lappen Pfd. 35 5

Bildlinge - Lachsheringe Kieler Sprotten

1 Pfd.-Riste 50 5

Boll-Heringe 10 Stück 45 5

Gelbe Häben 3 Pfd. 23 5

Zwiebeln 3 25 5

Knoblauchzwiebeln 3 Stück 10 5

Sauerkraut Pfd. 11 5

Salzsaftige Orangen Pfd. 17 5

Tafel-Bienen 20 5

Tafel-Äpfel 25 5

Kranzfeigen 2 Kränze 25 5

Malzkaffee lose Pfd. 22 5

Beizengries Pfd. 24 5

Boll-Reis 20 5

ff. Leberwurst Pfd. 60 5

ff. Wurst 1/4 23 5

gef. Schinken 1/4 35 5

Brotmehl Pfd. 17 5

und Rabattmarken

Bestell-scheine für Haushalt-margarine werden angenommen Pfd. 38 5

**LUGER**

## Fische billig

Heute eintreffend direkt von der See:

Kabliau im ganzen Pfund 20 5

Filet ohne Bauchlappen Pfund 35 5

Bücklinge Pfd. 35 5 Sprotten 1/2 Pfd. - 27 5

Vollheringe 10 Stück 45 5 Milchner 5 Stück 39 5

Rollmops u. Bismarckheringe Ltr. Dose 68 u. 74 5

## Pfannkuch

Nach dreijähriger Assistententätigkeit habe ich mich in Wildbad als

**Zahnarzt**  
niedergelassen.

**Dr. HERMANN EISENLOHR**

Wildbad Sprechzeit:  
Haus Grunow, Fernruf 363. 9-12, 2-5, Sa 9-12.

Zu allen Kassen zugelassen, mit Ausnahme der VKB-Kassen.

## Gebt für die Winter-nothilfe!

### Unkündbare Tilgungs-Darlehen zu 3 Prozent

zur Abl. von Hypoth., Bau oder Umbau, sowie Kauf von Häusern etc., durch die

**Zwecksparkasse des Landesverbands württ. Haus- und Grundbesitzervereine G. m. b. H. Heilbronn 44.**

Vom Reichsaufsichtsamt zum Geschäftsbetrieb zugelassene Sparkasse.

Hauptvertreter: Fritz Müller, Neuenbürg.

Bei schriftl. Anfragen Rückporto erbeten.